



**Für Nachtflugverbot
und gegen ein
internat. Drehkreuz!**



Inhalt

In eigener Sache	2
Neues von der BER-Baustelle.....	3
Und seid ihr nicht willig - so geb' ich Euch Geld	4
Flugrouten sind "flüchtig"	4
Das liebe Geld und die große EU	5
Der schlechte Schallschutz.....	6
Ein Jobwunder zum Wundern	7
Neues von der Klagefront	7
Transparenz - und nichts hat sich geändert	8
Gute Arbeit - gutes Geld	9
Wirtschaftsnews	9
Und noch mehr Lärm	10
Wer noch nicht genug gelesen hat,	10



Liebe Mitstreiter,

durch die Ferienzeit haben wir uns entschlossen den Newsletter 07 auszulassen. Wir hoffen, Sie sehen es uns nach.

Die Arbeit der BIs konzentriert sich im Moment immer noch auf die beiden Volksbegehren. Die Resonanz lässt leider noch sehr zu wünschen übrig. Im Bereich Wildau und Königs Wusterhausen haben bisher ca. 2.000 Bürger unterschrieben oder Briefwahl-Unterlagen angefordert. Wir haben in Brandenburg zwar noch bis November Zeit, müssen aber noch sehr zulegen. Probleme bereitet vor allem das Berliner Volksbegehren, das bereits am 27.09.2012 endet. Die Berliner können die notwendigen Unterschriften nur zusammen bekommen, wenn wir Brandenburger dabei helfen!

Jeder von Ihnen kann auf einfachem Wege helfen. Fragen Sie Ihre Berliner Freunde und Bekannten. Sie können die Vordrucke benutzen, die wir Ihnen schon als pdf - Dokumente geschickt haben. Geben Sie die Listen bei uns ab, damit wir sie weiterleiten können.

Wir haben in den letzten Wochen auch um Mithilfe bei Sammelaktionen in Berlin gebeten. Bitte melden Sie sich bei uns!

Wir alle möchten in Zukunft nicht durch Fluglärm in unserer Nachtruhe gestört werden. Jede Stimme zählt!

In eigener Sache

Seit dem 26.07.2012 steht die Lärmmessstation des Landkreises auf dem Königspark in KW und wird bis Mitte August den Lärm messen. Damit haben wir eine amtliche "Nullmessung" und können die späteren Belastungen nachweisen.

Am 25.08.2012 findet in Wildau am Wildorado der Tag der Vereine statt. Auch wir möchten uns dort gern präsentieren und suchen noch Helfer, die bei Spiel und Spaß für Kinder und Informationen für die Eltern mitmachen möchten.



Neues von der BER-Baustelle

Die schlechten Nachrichten über den Flughafen reißen nicht ab. CDU-Politiker berichteten gegenüber der Presse von einer unaufgeräumten Baustelle, auf der nicht gerade unter Hochdruck gearbeitet wird. Welche Probleme im Einzelnen bestehen, weiß wahrscheinlich nicht einmal der Flughafen selbst. Nicht ganz unwichtig war jedenfalls der Test eines Teils der Brandschutzanlage im nördlichen Hauptpier vor wenigen Tagen. Immerhin wurden Probleme mit der hochkomplexen Brandschutzanlage im Frühjahr vorgeschoben, um die verpatzte Eröffnung des Flughafens zu erklären. Jetzt wurde ein "Heißgasrauchtest" durchgeführt und auf verschiedenen Terminalebenen vier kontrollierte Brände entzündet. "Nach erstem Augenschein verliefen die Tests erfolgreich", teilte Flughafen-Sprecher Ralf Kunkel mit. Trotz simulierter Stromausfälle seien keine Schwaden in andere Stockwerke übergetreten, der Rauch habe sicher abgeführt werden können. Augenzeugen der Übung haben widersprochen. Nach Berichten in der MAZ waren die Tests alles andere als erfolgreich. Der erste soll "in die Hose" gegangen sein. Der zweite Test habe nur zu zehn Prozent funktioniert, der dritte sei abgebrochen worden. Genaueres ist bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Das Ganze war aber kein Test "unter Vollast" und auch kein "Wirkverbundtest". Davon ist die Baustelle noch weit entfernt.

Nun soll auch noch die Start- und Landebahn Süd zum Problem geworden sein. Gutachter hätten bereits vor Jahren gewarnt, dass der Flughafen auf schluffigem Grund gebaut wurde. Das sind lockere Sand- und Tonschichten, die sich schnell mit Grundwasser füllen. Die Startbahn Süd sei mittlerweile unterspült worden. Der Flughafen verbannt die Nachricht ins "Märchenreich" der Flughafengegner, die BZ hat Fotos von Ausspülungen seitlich der Landebahn veröffentlicht. Seriöse Erkenntnisse sind zurzeit nicht zu finden.

Mit etwas mehr Substanz wird die notwendige Sanierung der Nordbahn problematisiert. Die Brandenburger CDU hatte das Thema bereits kurz nach der Eröffnungs-Verschiebung angesprochen, der fraktionslose SPD Abgeordnete Schulze hat inzwischen eine kleine Anfrage an den Brandenburger Landtag gerichtet. Nach den bisherigen Erkenntnissen muss die nördliche Landebahn, also die alte Schönefelder Bahn, in wenigen Jahren saniert werden. Wie das bei laufendem Betrieb gehen soll, hat der Flughafen bisher nicht verraten. Vielleicht hat darüber auch einfach noch niemand nachgedacht, weil die Probleme später einmal das Argument für die Dritte Landebahn bilden sollten. Die hätte man dann nämlich als Provisorium schon mal bauen können, wenn die Nordbahn ausfällt. Wenn es eine Antwort vom Landtag gibt, werden wir Sie informieren.

Immer wahrscheinlicher wird allerdings, dass der Flughafen nicht zum 17.03.2013 eröffnet werden kann. Der Termin für die Bekanntgabe des verschobenen Eröffnungstermines am 16.8.2012 ist aber auch schon wieder verschoben worden. Dazu verschieben wir unseren Kommentar.



**Für Nachtflugverbot
und gegen ein
internat. Drehkreuz!**



Und seid ihr nicht willig - so geb' ich Euch Geld

Brandenburgs Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger (SPD) verkündete anlässlich des ganzen Ärgers mit dem unzureichenden Schallschutz kürzlich "Was der Flughafen braucht, ist der Friedensschluss mit seinem Umfeld." Die FBB müsse jetzt auf die Bürger zukommen.

Die FBB hat kein Geld und hat sich noch nie für die Bürger interessiert. Deshalb kommt sie auch nicht auf die Bürger zu. Aber die Politik kann den Bürger leider nicht völlig vernachlässigen. So kam Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov am 27.07.2012 nach Wildau und hat dort mehreren Anlieger-Gemeinden des künftigen Flughafens in Schönefeld Unterstützung in Aussicht gestellt. Er sicherte den Bürgermeistern von Königs Wusterhausen, Zeuthen und Wildau unter anderem zu, Finanzhilfen für die bessere Ausrüstung ihrer Freiwilligen Feuerwehren zu prüfen. Die Feuerwehren sollen in Notfällen die Flughafen-Feuerwehr unterstützen. Markov stellte außerdem zinsgünstige Kredite für den Wohnungsbau in Aussicht. Die Gemeinden halten dies für nötig, um Wohnraum für Flughafen-Mitarbeiter zu schaffen.

Es ist sicherlich eine ehrenvolle Aufgabe für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr im Notfall für den Flughafen tätig zu werden. Dass der "modernste" Flughafen Europas auf diese Weise Geld für eine größere Berufsfeuerwehr sparen muss, ist mehr als peinlich. Ob die Feuerwehrmänner, die mit den häufigen Unfällen auf der Autobahn bereits in besonderem Maße belastet sind, darauf überhaupt vorbereitet sind, war nicht das Thema des Ministers. Von den Bürgermeistern ist das Problem aber, wie zu hören war, angesprochen worden.

Die zinsgünstigen Kredite für die Gemeinden sollen sicher einige aufgeregte Gemüter besänftigen. Wir hoffen, dass Schmeicheleien solcher Art nicht dazu führen, dass unsere Gemeindevertreter sich von Klagen gegen die Flugrouten abbringen lassen oder die Unterstützung für die Bürgerinitiativen beschränken. Wenn unsere Gemeinden von Fluglärm verschont bleiben, sind sie so attraktiv, dass sie keine Zinsvergünstigungen brauchen. Wenn nicht, werden wir für die Flughafenmitarbeiter bald ausreichend leer stehende Wohnungen haben.

Flugrouten sind "flüchtig"

Sicherlich sind Ihnen vereinzelt besonders laute Flugzeuge aufgefallen, die es so in unserer Region (noch) gar nicht geben dürfte. Flugzeuge in Tegel und Schönefeld haben in letzter Zeit ein wenig abgekürzt, weil sie Sprit sparen wollten. Die Deutsche Flugsicherung (DFS) hat zugegeben, dass einige Flugzeuge die vorgegebenen Flugrouten nicht nutzen, sondern abkürzen. Das bedeutet mehr Fluglärm, weil Airlines Kerosin sparen müssen. Die DFS hat mitgeteilt, dass startende Flugzeuge ab 1.524 Metern Höhe bzw. landende Flugzeuge ab 1.000 Metern Höhe „regelmäßig Freigaben“ erhalten, „von den veröffentlichten Strecken abzuweichen“. „Gründe hierfür sind zum Beispiel (...) die Möglichkeit, den Flugweg zu verkürzen, wodurch Treibstoff (...) gespart“ wird. Die Flugrouten sind wie wir wissen, "maßgeschneidert" um einen Kompromiss zwischen Sicherheits- und Anwohnerinteressen zu ermöglichen. Die DFS meint dazu: „Das ist ein international übliches Verfahren. Und wir sind zu wirtschaftlichem Handeln verpflichtet.“



Bei der DFS steht im Übrigen ein interessanter Personalwechsel bevor. Staatssekretär Klaus-Dieter Scheurle aus dem Bundesverkehrsministerium soll an die Spitze der Deutschen Flugsicherung (DFS) rücken. Scheurle war als Chef des DFS-Aufsichtsrats selbst an der Entscheidung beteiligt, die Verträge der amtierenden Geschäftsführung nicht über 2012 hinaus zu verlängern. Wir wollen hier nicht nach auffälligen Interessenkonflikten suchen, sondern daran erinnern, dass Herr Scheurle vor einiger Zeit recht kooperativ mit der Zeuthener Initiative gegen Fluglärm zusammengewirkt hat. Wie auch immer sich das nun auswirken wird, ist Herr Scheurle zumindest einer der wenigen in den zuständigen Behörden, die sich konstruktiv um Lösungen bemüht haben.

Das liebe Geld und die große EU

Nach offiziellen Schätzungen wird der Flughafen 1,17 Milliarden Euro teurer als geplant. Wir hatten bereits berichtet, dass bei weiteren Geldzuschüssen die EU ein Wort mitzureden hat. Inzwischen wird dieses Problem laut diskutiert. Brüssel hat angekündigt, dass neue Finanzhilfen durch öffentliche Behörden bei der EU-Kommission angemeldet und von ihr geprüft werden müssen. Die obersten Wettbewerbshüter Europas müssen Beihilfen für große Investitionen prüfen, um zu verhindern, dass Konkurrenten benachteiligt werden. Falls es Bedenken gibt, eröffnet Brüssel ein Prüfverfahren, für das höchstens 18 Monate vorgesehen sind. Die Kommission entscheidet am dessen Ende schließlich, ob die Zweifel berechtigt waren und die Gewährung der Beihilfe untersagt wird oder ob die geplante Beihilfe gewährt werden kann. Es ist davon auszugehen, dass die Anteilseigner bereits angefragt haben. Immerhin hatte Platzeck verkündet, die Finanzmittel des Flughafens reichten nur bis Ende des Jahres. Es ist trotz der Pleiten und Pannen in der Vergangenheit anzunehmen, dass für die Zeit danach bereits Vorsorge getroffen wurde. Der Bau und die Inbetriebnahme des Flughafens könnten trotz des EU-Verfahrens auch wie geplant laufen. Sollte die EU-Kommission irgendwann entscheiden, dass Gelder unzulässig waren, müsste der Flughafen sie nach der Entscheidung aus Brüssel entsprechend zurückzahlen.

Das EU-Verfahren wird den Baufortschritt also nicht wirklich beeinflussen. Die Betreiber werden entweder bereits wissen, wie die EU dazu steht oder sie erwarten, dass bis zu einem Rückzahlungsbescheid nach EU-Gewohnheit eine Ewigkeit vergeht.



**Für Nachtflugverbot
und gegen ein
internat. Drehkreuz!**



Der schlechte Schallschutz

Wir hatten über das Urteil des OVG zum Schallschutz im letzten Newsletter bereits berichtet. Dabei hatten wir schon die Ahnung, dass das an sich positiv anmutende Urteil nicht zu besserem Schallschutz führen wird. Inzwischen hat die Flughafengesellschaft das Schallschutzprogramm vollkommen auf Eis gelegt.

Dass eine ländereigene Gesellschaft so auf Gerichtsentscheidungen reagiert, ist schockierend.

Die Zusage weiterer 17 Millionen Euro, die nach der verpatzten BER-Einweihung gegeben wurde, ist inzwischen ebenso kassiert worden, wie Lösungsansätze für die am meisten vom Großflughafen betroffenen Anwohner in Glasow. Die Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden hat die Schallschutzgespräche mit dem Flughafen daraufhin beendet. Die Flughafengesellschaft zieht sich für ihr Vorgehen auf einen Beschluss des Aufsichtsrates von Ende Juni zurück, nach dem das Urteil des OVG überprüft werden soll. Die Erfolgsaussichten einer solchen Klage sind nicht besonders gut. Nicht oft genug klarstellen muss man nämlich, dass der Lärmschutz für die Anwohner mit dem Urteil nicht ausgeweitet wird. Er hätte von Anfang an so gewährt werden müssen.

Die Flughafengesellschaft hatte sich für die entsprechende Formulierung im Planfeststellungsverfahren, die jetzt im Streit ist, selbst eingesetzt. Sie entspricht in etwa den Regelungen von München, die dort im Wesentlichen auch eingehalten werden. Die jetzt beklagten Mehrkosten in Höhe von 591 Millionen Euro sind nur das Ergebnis einer falschen Planung. Daran wird auch ein weiteres Gerichtsverfahren nichts ändern.

Besonders erschütternd ist, dass Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck wie die beiden anderen Anteilseigner für eine Überprüfung der OVG-Entscheidung gestimmt hat. Im Aufsichtsrat will sich Platzeck jetzt darum bemühen, dass der Klarstellungsantrag der Flughafengesellschaft (wir berichteten) zurückgezogen wird.

Verkehrs-Staatssekretär Rainer Bretschneider zur Vernachlässigung der Bürgerinteressen: "Wir waren der Rechtauffassung, dass der Schallschutz nicht von Anfang an auf höchstem Niveau umgesetzt werden muss." Die Behörde sei davon ausgegangen, dass ein so hoher Schallschutz aufgrund des prognostizierten Flugaufkommens in den nächsten Jahren noch nicht notwendig sei. "Allerdings", so gab Bretschneider zu, "hatten wir dabei auch Bauchgrummeln". Für die betroffenen Bürger wird das Ergebnis schlimmer als ein "Bauchgrummeln". Viele von ihnen werden bei Eröffnung ohne jeglichen Schallschutz dastehen.

Herr Wowereit ist der Auffassung, die Bürger würden einen Schallschutz mit "Tonstudioqualität" fordern. Das ist mehr als dreist. Die Bürger fordern nur das ein, was im Planfeststellungsbeschluss vorgeschrieben wurde und Voraussetzung für die Genehmigung des Flughafens durch das Bundesverwaltungsgericht gewesen ist.



Ein Jobwunder zum Wundern

Wegen der verschobenen Eröffnung des Hauptstadtflughafens haben 165 Beschäftigte von Läden im Terminal ihre Arbeitsplätze verloren. 25 weitere Mitarbeiter sind von der Kündigung bedroht, 70 Beschäftigte sind vorübergehend arbeitslos, da ihr Arbeitsbeginn auf den 17. 03.2013 verschoben wurde. Insgesamt sind laut Brandenburgs Wirtschaftsminister Christoffers 600 neu eingestellte Kräfte betroffen. Davon würden aber 340 in anderen Unternehmensbereichen oder an den alten Flughäfen Schönefeld und Tegel beschäftigt, wie er in einer Antwort auf eine CDU-Anfrage unter Berufung auf die Betreibergesellschaft ausführte.

Zahlen, die beeindrucken!

Wie viele neue Arbeitsplätze sollten das nochmal werden - 40.000?

Immerhin hat GermanWings vor kurzem mitgeteilt, Berlin sei einer von drei Kandidaten für die neue Firmenzentrale.

Neues von der Klagefront

Wie berichtet hatte das Bundesverwaltungsgericht am 3. und 4. Juli 2012 die Klagen verschiedener Umlandgemeinden wegen der unerwarteten Flugroutenverschiebung verhandelt. Am 31.07.2012 wurden die Klagen abgewiesen.

Die Enttäuschung der Kläger ist entsprechend groß. Mit einigem Entsetzen mussten sie sich anhören, dass sie ja damals - als sie nicht ahnen konnten, jemals von Fluglärm betroffen zu sein - schon hätten klagen können. Wie hätte das Gericht wohl damals reagiert, wenn die Flughafengesellschaft die schönen Broschüren mit den Lärmkorridoren vorgelegt hätte?

"Klage abgewiesen" - weil keine Betroffenheit.

Bei aller Enttäuschung über so viel Entfernung zwischen Recht und Gerechtigkeit, gibt es aber ein paar Kleinigkeiten, die das Gericht zu Gunsten der Kläger festgestellt hat:

Das Bundesverwaltungsgericht hat es als wahr unterstellt, dass die Planfeststellungsbehörde, die Projektplanungsgesellschaft Flughafen Schönefeld sowie die Deutsche Flugsicherung gemeinsam wussten, dass der beantragte unabhängige Parallelbetrieb der beiden Start- und Landebahnen nur mit um mindestens 15° divergierenden Abflugrouten realisiert werden kann. Damit sind die (neu) betroffenen Gemeinden zu Unrecht nicht an der Planfeststellung beteiligt worden. Leider hat das Bundesverwaltungsgericht angenommen, dass es eigentlich egal ist, welche Bürger betroffen sind. Es ist wahrscheinlich, dass die Kläger mit dem Urteil vor das Bundesverfassungsgericht gehen und sich genau an diesem Punkt festhalten. Es könnte sein, dass die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes das Grundgesetz nicht ausreichend beachtet, weil das den Bürger als Individuum schützen will. Für die Begründung der Entscheidung hat das Gericht aber noch mindestens zwei Monate Zeit und ohne die, kann über die Frage eines weiteren Vorgehens sicher nicht entschieden werden.



Wundern muss man sich über den Kommentar von Herrn Platzeck, der die gute und zuverlässige Arbeit der Behörden durch das Gerichtsurteil bestätigt sieht. Immerhin hat das Gericht die Flugrouten-Täuschung als wahr unterstellt. Es hat darin nur leider keine Arglist sehen können und die dargestellten Schlüsse gezogen. Unser Ministerpräsident hält sich zum Flughafen auffallend zurück. Er hätte das auch an dieser Stelle tun sollen.

Die Betreiber des Flughafens haben die Architekten inzwischen verklagt. Ihnen war nach der Absage der für den 3. Juni geplanten Inbetriebnahme gekündigt worden. Nun soll laut Flughafensprecher Ralf Kunkel das Landgericht Potsdam feststellen, wer dafür verantwortlich ist, dass das Vorzeigeprojekt nicht rechtzeitig fertig wurde. Zur beklagten Planungsgemeinschaft BBI gehört neben dem Berliner Büro JSK Architekten auch das Büro Meinhard von Gerkans. Grund der Klage dürfte sein, dass die Architekten ihrer Kündigung widersprochen haben. Jetzt muss der Flughafen nachweisen, dass sie schlampig gearbeitet haben. Behauptet werden Schäden in Höhe von bis zu 80 Mio. Euro. Was davon tatsächlich übrigbleibt, wird man am Ende eines langen Gerichtsverfahrens sehen.

Verschiedene Bürger und Naturschutzverbände haben mit Unterstützung der Friedrichshagener Bürgerinitiative (FBI) inzwischen Klagen gegen die Müggelseeroute eingelegt. Hauptargument der Klage ist die fehlende Berücksichtigung von Umweltinteressen. Es könnte sein, dass sich daraus ein formeller Fehler im Festlegungsverfahren ergibt. Sollte die Klage Erfolg haben, würde der Lärm die Region Gosener Wiesen, Erkner, Neu Zittau, Woltersdorf, Wernsdorf, Grünheide, Müggelheim und Karolinenhof treffen. Von dort kam erwartungsgemäß Protest gegen die Klage.

Transparenz - und nichts hat sich geändert

In Berlin gibt es inzwischen einen Untersuchungsausschuss zum Flughafen. Den Vorsitz wird wohl ein Pirat übernehmen. Deren Verständnis von Transparenz dürfte den Flughafenbetreibern so lieb sein, wie dem Teufel das Weihwasser. So hat Herr Schwarz schon vor Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses zur geplatzten Flughafeneröffnung angekündigt, dem Ausschuss möglicherweise nicht alle gewünschten Dokumente zu geben. "Dort, wo Betriebsgeheimnisse des Flughafens gefährdet sind, werden wir keine Unterlagen herausgeben können". Es ist davon auszugehen, dass dies häufig vorgeschoben wird. Der vorsitzende Pirat Martin Delius zog schon gleich die Möglichkeit gerichtliche Schritte in Betracht. Das kennen wir ja nun schon, aus dem Unterlagenstreit zwischen der Kleinmachower BI und dem Flughafen. In Brandenburg wird es keinen Untersuchungsausschuss geben.

Die Rechnungshöfe von Berlin, Brandenburg und dem Bund halten sich bei einer Überprüfung übrigens ganz raus. Kompetenzgrenzen und Personalknappheit verhindern eine tief gehende Prüfung der Kosten- und Terminprobleme, hieß es. Es sei auch eigentlich nicht die Aufgabe seiner Behörde, solche Dinge zurückzuverfolgen, sagte der Präsident des brandenburgischen Rechnungshofes, Thomas Apelt. Ein Sprecher des Bundesrechnungshofes sagte: "Wir können nur die Vertretung des Bundes in der Flughafengesellschaft prüfen." Dafür gab es allerdings



auch schon erste Kritik. Die Berliner Rechnungshofpräsidentin Marion Claßen-Beblo verwies auf fehlende Mitarbeiter.

Zum Flughafen eigenem Verständnis von Transparenz gehört es wohl auch, dass den Mitarbeitern des Bundesverkehrsministeriums die Teilnahme an den Tests der Entrauchungsanlage untersagt wurde. Immerhin gehört dem Bund der Flughafen ja zum Teil und bezahlen muss er ihn ebenfalls.

Gute Arbeit - gutes Geld

Wir wissen inzwischen, dass der ehemalige Technikchef Körtgen und die Planungsgesellschaft an der Bauverzögerung schuld sind. Weder die Geschäftsführung noch der Aufsichtsrat fühlen sich verantwortlich. Und weil sie so gut arbeiten, sollen sie auch gut leben.

Rainer Schwarz, der seit Juni 2006 Sprecher der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft FBB ist, erhielt 2011 ein Jahresgrundgehalt von 318.000 Euro sowie weitere 22.000 Euro an "sonstigen Bezügen" und 178.000 Euro für die Altersvorsorge. Zudem bekam er eine erfolgsabhängige Vergütung von 37.000 Euro. Macht zusammen ein Jahresgehalt von 555.000 Euro. Schwarz wird damit fast doppelt so gut bezahlt wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die selbst mit ihren Abgeordnetendiäten gerade auf ein Jahressalär von rund 290.000 Euro kommt.

Wirtschaftsnews

Nicht nur dem Flughafen geht das Geld aus. Air-Berlin-Chef Hartmut Mehdorn hatte in einem Interview mit der FAZ die wirtschaftliche Situation der Airline als so schlecht beschrieben, dass bei Meetings sogar die Kekse gestrichen werden mussten. Verschiedene Reiseveranstalter bestellten bei einer Sitzung mit Airline-Vertretern reichlich Pizza, damit die Entscheidungsträger bei Air Berlin nicht mehr hungern müssen. "Wir hoffen darauf, dass durch unsere Aktion die Entscheidungsträger von Air Berlin endlich wieder mit vollen Mägen in den Meetings sitzen und dadurch zum ersten Mal seit vielen Monaten auch wieder kundenfreundliche Entscheidungen im Sinne der Verbraucher und zum Wohle der Airline treffen können", so der Reisebüro-Beirat. Es soll schon eine dreistellige Anzahl an Carepaketen fest bestellt sein und nahezu minütlich weitere Bestellungen von Reisebüros aus ganz Deutschland hinzukommen.



Und noch mehr Lärm

Wer von Ihnen in der Nähe der Bahnstrecke wohnt, hat vielleicht eine Zunahme des Bahnlärms bemerkt. Auf der Bürgerversammlung in Königs Wusterhausen wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Bahnlärm nach dem Ausbau der Strecke zugenommen hat und häufig die zulässigen Grenzwerte überschreitet. Zunehmend werden in letzter Zeit Sondergenehmigungen durch das Landesumweltamt für das nächtliche Verladen von Schutt, Baumstämmen etc. auf Waggonen erteilt. Einige Mitglieder von GegenLärm haben zu diesem Thema Gespräche mit der MAZ-Lokalredaktion geführt. Wir werden auch dazu weiter berichten.

Wer noch nicht genug gelesen hat,

dem empfehlen wir:

Infos zum Untersuchungsausschuss Flughafen Schönefeld (BER) im Berliner Abgeordnetenhaus <http://www.piratenfraktion-berlin.de/projekt-ber/>

Absolut lesenswert sind die Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag.

https://redmine.piratenfraktion-berlin.de/dmsf_files/2368?download=

Einen Überblick zum derzeitigen Pannenstand gibt:

<http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/0,2828,844868,00.html>

<http://www.welt.de/wirtschaft/article108425261/Hauptstadtflughafen-das-Protokoll-des-Scheiterns.html>